

BGE 45 II 533

Bundesgericht (BGE), 1919-01-01, DE

Quelle: https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/bge_45_II_533

FR: ATF 45 II 533

IT: DTF 45 II 533

Volltext

532 Obligationen recht. NO 79. hältnis entspringt. Ein solches besteht zwischen den ~mittente~ ~nd ~en einzelne.n :Utionären oder Obliga- tionären hinstchtlich der EmiSSIon nicht, weder ein ak- tienrechtliches, noch ein sonstiges, weshalb in der Ver- jähungsfrage ein Unterschied gegenüber Art. 671, welcher die Haftung der Gesellschaftsgründer regelt und ~ufden ~ach ständiger :raxis Art. 60 OR Anwendung fmdet, meht zu machen Ist. Hier wie dort sind die durch das Gesetz verpönten Handlungen nicht Zuwiderhand- lungen gegen Vertragspflichten, die im Interesse der Gesellschaft bestehen; die wahrheitswidrigen Angaben sind der Schadenersatzgrund, also Pflichten, die im Interesse des Publikums aufgestellt sind und denen nur kraft Spezialbestimmung ein besonderes Klagerecht der Aktionäre und Obligationäre entspricht (verg!.. HAFNER, Anm. 4 zu Art. 672 ; BACHMANN; Anm. 3 eod. ; ROSSEL, M~nu~l 111 S. 727 und 733; OSER, Taschenausgabe, Hin- WeIS m Art. 672; ferner betreffend Art. 671 AS 3! II S.276 ff., 34 II S. 27 ff.). Dass aber hier die Verjährunos- frist von einem Jahr von dem Tage an, wo der angebli~h Geschädigte Kenntnis vom Schaden und von der Person der Ersatzpflichtigen erlangt hat, schon vor der Klageer- : hebung abgelaufen war, ergibt sich aus dem erstinstanz- lichen Urteil ohne weiteres. Obligationenrecht.· No' 80. 533 80. TJrtei14er I. mvilabtellu.g vom 9. Oktober 1919 . i. S. EOÜU1'ImIlle Eugler IG Oie gegen Hammels Erben. Art. 605 0 R, Z ins r e c h t e s Kom man d i t ä r s. - Ver bot der Ver mi n der u n g der Kom man - d i t e: Massgebend sind nicht die Bruttoaktiven. Die Kom- mandite ist unvermindert nur solange als bei Gegenüber- stellung der Aktiven einerseits und der Passiven incl. Kom- manditsumme andererseits noch kein Passivsaldo sich ergibt. -Gutgläubiger Zinsbezug auf Grund ordnungs- gemässer Bilanzen: Massgebend die Bilanz des Jahres, filr das der Zins bezogen wird. Erforderlich nur formell rich- tige Bilanz. - Rück f 0 r der u n g z u U n r e c h t b e z 0- gen erZ i Il sen: Keine Bereicherungsklage. Fünf jährige Verjährung nach Art. 585 Abs. 1 OR. A. - Der Ehemann bzw. Vater der Beklagten, Dr. med. A. Hommel, trat mit 1. Januar 1901 mit einer Einlage von 300,000 Fr. in die Kommanditgesellschaft Kugler & oe in Zürich, unbeschränkt haftender Gesellschafter Theodor Kugler, ein. Ausser ihm waren andere Kom- manditäre noch mit 200,000 Fr. an der Gesellschaft beteiligt. Im Gesellschaftsvertrag wurden ihm 60/Jge· Verzinsung seiner Einlage, 15% vom Reingewinn und das Recht zugesichert, sich jederzeit durch Einsicht- nahme in die Bücher usw. über die ~chäfts- lage zu orientieren. In der Folge bezog Hommel regelmässig seine Kapitalzinsen, die ihm jeweils in dem, ihm von Kugler & oe eröffneten Kontokorrent, gutgeschrieben wurden. 1911 kündigte Hommel die Kommandite, kam dann aber hierauf zurück und verlängerte den Vertrag bis Ende 1912. Am 26. Oktober 1912 stellten Kugler & oe die Zahlungen ein und machten sodann Anstren- gungen einen Nachlassvertrag abzuschliessen. Das Nach- lassvertragsgesuch wurde jedoch vom Bezirksgericht Zürich, das auf Ende November 1912 eine Unterbilanz von 1,640,421 Fr. 73 Cts. feststellte und überdies als nachgewiesen betrachtete, Kugler & oe seien zufolge

leichtsinnigen Geschäftsgebahrens und zufolge Ertei- 534 Obligationenrecht. N° 80. lung grosser ungedeckter Kredite. auf viele Jahre zurück schon unter pari gestanden, abgewiesen. Dieser Ent- . scheid ist vom zürcherischen Obergericht bestätigt und darauf dann am 14. Juli 1913 über die Gesellschaft der Konkurs infolge Insolvenzerklärung eröffnet worden. B. - Laut Kontokorrentauszug vom 14. Juli 1913 schuldete Dr. Hommel der Firma Kugler auf SO. Juni 1913 aus dem Kontokorrentverhältnis 31,935 Fr. Die- sen Betrag anerkannte Hommel, stellte aber eine For- derung von 18,270 Fr., - nämlich zwei. Halbjahres- zinsen für seine Kommandite, 9000 Fr. per Ende De- zember 1912 und 9000 Fr. per Ende Juni 1913, plus 270 Fr. Kontokorrentzinsen. - zur Verrechnung. Der Restbetrag der Kontokorrentforderung plus Zins wurde mit 13,858 Fr. 60 Cts. am 25. September 1913 an die Masse bezahlt. Die Masse hat das Bestehen der zur Kompensation gestellten Forderung gestützt auf Art. 605 OR bestritten und im vorliegenden Prozess von den Erben des in- zwischen verstorbenen Dr. Hommel, Zahlung der Rest ... Kontokorrentforderung nebst Zinsen verlangt. Ferner hat sie, wiederum gestützt auf A.rt. 605 OR und sodann unter Anrufung der Art. 285 ff. SchKG von den Be- klagten Rückzahlung dreier Halbjahreskommanditzin- sen im Betrage von je 9000 Fr. per 30. Juni und 31. De- zember 1911 und 30. Juni 1912. begehrt. weil diese Zin- sen zu Unrecht bezogen worden seien. Die Beklagten haben die Anwendbarkeit .. der Art. 285 ff. SchKG bestritten, und, indem sie sich ebenfalls auf Art. 605 OR stützten und überdies die Verjährungs- bestimmung des Art. 67 OR anriefen, sich auf den Stand- punkt gestellt, die drei Zinsen per 30. Juni 1911. 31. Dezember 1911 und 30. Juni 1912 können nicht zurück- gefordert werden, und ferner seien sie auch berechtigt, die zwei Zinsen per 31. Dezember 1912 und SO. Juni 1913 mit der Kontokorrentforderung zur Verrechnung zu bringen. Eventuell müsse ihnen ausser den erstge- Obligationenrecht. N° 80. 535 nannten drei Zinsen doch noch der Betrag von 6616 Fr. 75 Cts. (plus 829 Fr. 70 Cts. Kontokorrentzinsen), den Dr. Hommellaut Kontokorrentauszug in der Zeit vom 1. Juli 1912 bis 26. Oktober 1912, bezogen, mit Zinsen gutgeschrieben werden. Ganz eventuell sei doch die Rückforderung der drei Halbjahreszinsen per 1911 und erstes Halbjahr 1912 abzuweisen. C. - Das Bezirksgericht nahm an, Kugler & Oe haben nach Feststellung des Gerichtsexperten schon seit 1907 mit bedeutenden Verlusten gearbeitet, 1911 mit 467,684 Fr. 27 Cts., 1912 mit 884,749 Fr. 88 Cts .. Gestützt hie~auf und in Anwendung von Art. 605 OR haben die Beklagten keinen Anspruch auf die zur Ver- rechnung gestellten Zinsen. Ferner müssen sie auch die drei von der Masse geforderten Halbjahreszinsen zurückgeben, so weit sie nicht gutgläubig und gestützt auf formell richtige Bilanzen bezogen worden seien. Diese Voraussetzungen treffen . nur für die beiden per 1911 bezogenen Halbjahreszinsen zu. für 1912 sei eine Bilanz überhaupt nicht aufgestellt worden. Der per 30. Juni 1912 bezogene Halbjahreszi1l& sei daher zurück- zugeben. Auf Verjährung können sich die Beklagten nicht berufen, weil nicht die einjährige Frist des, Art. 67 OR, sondern 'die fünf jährige des Art. 585 OR Platz greife. Nichtanwendbar seien anderseits die Art. 285 ff. SchKG .• Die zweite Instanz hat ebenfalls die Anwendbarkeit der Art. 285 ff. SchKG abgelehnt; Im übrigen wies sie wie das Bezirksgericht die Kompensationsforderung der Beklagten ab. versagte aber der Klägerin nicht nur die Rückforderung der Zinse für 1911, sondern auch des Zinses für die erste Hälfte 1912. Sie ging davon aus, bei den Akten liegen zwar nur BilaQZen für 1907,1908 und 1910. Dass 1911 eine Bilanz gezogen worden. sei zum Beweis verstellt, der Beweis müsse aber nicht abge- nommen werden. weil die Klägerindie einjährige Ver- jähungsfrist der als Bereicherungsklage zu qualifizie- AS 45 II - t9tfl 37 536 Obligationenrecht. N° 80. renden Rückforderungsklage habe verstreichen lassen. Schon aus

diesem Grunde sei daher die Rückforderung der drei Zinsen für 1911 und erstes Halbjahr 1912 ausgeschlossen. Andererseits aber können die Beklagten für die Folgezeit keine Zinsen mehr beanspruchen. Es sei nicht richtig, dass die Kontokorrentbezüge, auf die sich die Rückforderung der Klägerin stütze, schon als A-conto-Bezüge solcher Zinsen aufgefasst werden können. Ein Anspruch aber, diese Zinsen nachzubeziehen, bestehe nicht. Die Kommandite sei schon 1911 verloren gewesen, und überdies könne sich diese Forderung auch nicht auf entsprechende Bilanzen stützen. D. r- Gegen dieses Urteil haben beide Parteien die Berufung an das Bundesgericht ergriffen. Die Klägerin beantragte Gutheissung - der Klage und Verpflichtung der Beklagten zur Zahlung von : Fr. 31935.- nebst 6% Zinsen seit 30. Juni 1913, Fr. 9000.-)) 6%))) 30. Juni 1911, Fr. 9000.- » 6%» » 1. Januar 1912, Fr. 9000.-)) 6%) ») 30. Juni 1912, abzüglich: Fr. 1,3856.60, Valuta 25. September 1913. Die Beklagten haben an ihrem Antrag festgehalten~ es sei die Klage gänzlich abzuweisen.' Eventuell haben sie ihren ersten Eventualantrag wieder aufgenommen, und weiter eventuell um Rückweisung der Akten zur Beweisergänzung ersucht. Das Bundesgericht zieht in Erwägung: 1. - Hinsichtlich der Frage der paulianischen Anfechtbarkeit der Zinsbezüge des Dr. Hommel tritt das Bundesgericht in allen Teilen der Ansicht der Vorinstanz bei. Abzuweisen ist andererseits die Einrede des Beklagten, die Klagerin habe, dadurch, dass sie auf 30. Juni 1913 nur einen Saldo von 31,935 Fr. berechnet, auf die Rückforderung der drei Halbjahreszinse für 1911 und erste Hälfte 1912 verzichtet. Ein Verzichtwille kann aus dieser Abrechnung nicht abgeleitet werden. ObUgatloilenrecht. N0 80. 537 2. - 'Nach Art. 605 OR wren die Beklagten, bzw. ihr Rechtsv~rgäng6r materiell berechtigt, Zinsen für die heiden Halbjahre 1911 und das erste Halbjahr 1912 zu beziehen. und sie sind berechtigt die noch nicht abgehobenen für das Jahr 1912, zweite Hälfte Und das erste Halbjahr 1913 nachzuverlangen odet zu" verrechnen, sofern die Kommandite Ende 1911, Ende 1912 und Ende. 1913 noch intakt war, und sofern auch die Zinsbezüge nicht zu einer Venninderung führten bzw. führen würden. Die Beklagten haben den Standpunkt eingenommen; eine solche Verrinderung komme nicht in Frage. Massgebend sei der Stand der Bruttoaktiven, und diese haben während aller drei Jahre den Betrag der beiden in die Gesellschaft eingeworfenen Kommanditen plus Zinsen überstiegen. Mit beiden Vorinstanzen ist jedoch diese Auffassung der Beklagten abzulehnen. Nach dem auch für die Kommanditgesellschaft (allerdings mit den in Art .. 596 OR für die Gewinnbeteiligung vorgesehenen Abweichungen) anwendbaren Art. 556 OR ist im Verhältnis unter den Gesellschaftern der Anteil am Geschäftsergebnis auf Grund einer Bilanz der Gesellschaft, also auf Grund der 'Gegenüberstellung von· Aktiven und Passiven, wobei zu den letzteren auch die Einlagen gerechnet werden müssen, zu ermitteln. Ergibt sich dabei ein Verlust, so reduzieren sich dadurch die Gesellschaftseinlagen und die Gesellschafter können. (A~. 5~7 OR) keinen Gewinnanteil mehr fordern, bis die Einlagen durch Nachzahlungen oder auflaufende Gewinnanteile späterer Jahre wieder ergänzt sind. .. ' Diese Berechnungsart und die Beschränkung der Gewinnbeteiligung 'wollten nunoffensichtlich durch Art. 605 OR hinsichtlich des Kommanditärs auf das Verhältnis zu Dritten entsprechend allgedehnt und überdies der Gewinnbeteiligung die, Zinsbezüge gleichgestellt werden. Der Gesetzgeber ging von dem Gedanken 535" OlliipTiOnenrecht.- Ne so. aus, die Kommandite solle nicht nur die Haftung des Kommanditärs begrenzen. sondern andererseits auch den Gläubigern eine gewisse, unveränderliche Sicherheit bieten wie das im Aktiengesellschaftsrecht hinsichtlich des Grundkapitals gilt. Darum verbot er die Verminderung der Einlagen durch Gewinn- und Zinsbezüge. Dieses Verbot der Verminderung der Kommandite wäre praktisch bedeutungslos und die Sicherheit der Gläubiger eine illusorische, wenn Gewinn und Zinsen

bezahlt werden dürften, sofern nur brutto entsprechende Aktiven vorhanden. Die Zahlungen würden sich danach keineswegs nach dem Vermögensstand der Gesellschaft richten, die Passiven könnten die Aktiven bei weitem übersteigen und von irgend einer Sicherung der Gläubigeransprüche wäre keine Rede mehr. Es wäre sogar möglich, dass die Gesellschaft, um Gewinne und Zinsen zahlen zu können, fremde Gelder aufnehmen d. h. neue Schulden machen würde, nur damit sie unter, den Aktiven wieder die den Einlagen entsprechenden Beträge anführen könnte. Dass nicht dies, sondern die entsprechende Übernahme der Grundsätze der Art. 556 f. OR auf das Verhältnis des Kommanditärs gegenüber Dritten die Meinung des Gesetzgebers war, ergibt sich übrigens deutlich aus Art. 605 Abs. 4, wo von der Bilanz also unter Berücksichtigung der Passiven neben den Aktiven vorgenommen, Berechnung des Geschäftsergebnisses ausgegangen wird. Kämen die Bruttoaktiven allein in Frage, so hätte in Abs. 4 nur von einer Inventarisierung der Aktiven gesprochen werden müssen. Dazu, kommt, dass, die Kommanditeinlage ja nicht separat gehalten wird, sondern im Geschäft mitarbeiten soll. Ob sie noch vorhanden, oder ob sie im Sinne des Gesetzes vermindert, kann also nur rechnerisch, nicht körperlich festgestellt werden. Wenn daher die Verminderung verboten ist, so kann damit auch nur die Obligationenrecht. N° 80. 539 rechnerische Verminderung gemeint sein, und wie diese festzustellen sei, ist in Art. 556 OR klar dargelegt. Geht man von dem Gesagten aus, so ist nach den oben angeführten Feststellungen der Vorinstanz über die 1911 und 1912 von Kugler & Co. erlittenen Verluste und über das Ergebnis des 1913 eingeleiteten Konkursverfahrens ohne weiteres dargetan, dass materiell weder für 1911, noch für 1912, noch endlich für 1913 Zinsrechte des Kommanditärs Hommel bestanden haben. 3. - Fraglich bleibt aber trotzdem, ob nicht die bereits bezogenen Zinsen seitens der Beklagten, auf Grund des Art. 605 Abs. 4 zurückbehalten werden dürfen. a) Als bereits bezogen, und daher von der Rechtswohltat des Abs. 4 des zit. Art. umfasst, haben die Beklagten nicht nur die drei Halbjahreszinsen für 1911 und erste Hälfte 1912 bezeichnet, sondern auch die zur Verrechnung gestellten. Sie behaupten die zu verrechnenden Kontokorrentbezüge seien a conto der Kommanditizinsen gemacht worden, die Zinsen also schon einkassiert. (In der Begründung des Eventualantrages nahmen sie an, ~s sei wenigstens noch die Summe von 6616 Fr. 75 Cts., die Dr. Hommel in der Zeit vom 1. Juli 1912 bis 26. Oktober 1912 auf den Kontokorrent bezogen, plus 829 Fr. 70 Cts. Zinsen als derart vorausbezogener Kommanditizins aufzufassen.) Allein diesbezüglich ist darauf hinzuweisen, dass weder für 1912 noch für 1913 eine Bilanz gezogen wurde, gestützt auf die Dr. Hommel gutgläubig hätte Zinsen einkassieren oder bereits gemachte Bezüge nachträglich hätte rechtfertigen können. Es ist selbstverständlich nicht richtig, dass für die Zinsrechte jeweils die Bilanz des Vorjahres massgebend sei, wie das die Beklagten behaupten, und wofür sie sich auf eine kaufmännische Übung berufen wollen. Wenn der Gesetzgeber auf das Geschäftsergebnis abstellt, wie das oben gezeigt wurde. S9 will er damit natürlich das Ergebnis des Jahres entscheiden lassen. für die Zinsen bezogen werden sollen und nicht die Bilanz eines Vorjahres. von der auf ein späteres Jahresergebnis ja nicht geschlossen werden kann. Der Kommanditär, der Zinsen zum Voraus bezieht, kann sich daher nicht darauf berufen, er habe dies im guten Glauben gestützt auf eine ordnungsgemässe Bilanz getan. Dementsprechend kann er, wenn sich nachträglich ein Verlust herausstellt, zur Rückgabe des Bezogenen angehalten werden. Die Verrechnungseinrede ist daher in vollem Umfange, d. h. auch in der Formulierung des Eventualantrages, vom Gesichtspunkt des Art. 605 aus, abzuweisen. b) Hinsichtlich der Anwendbarkeit des Art. 605 Abs. 4 auf die drei Halbjahreszinsen per 1911 und erstes

ordnungsgemäss» schon eine formell richtige, d. h. den formellen Grundsätzen über die Errichtung von Bilanzen entsprechende Gegenüberstellung von Aktiven und Passiven verstanden werden. Ob die Bilanz materiell richtig gewesen, kommt dabei nicht in Betracht~ weil sonst das Requisit des guten Glaubens in Art. 605 Abs. 4 keinen Raum hätte. In zweiter Linie sodann hat sich die Vorinstanz schlüssig zu machen, ob Dr. Hommel bei Bezug dieser bei den Zinsen gutgläubig sich auf diese allfällige Bilanz verlassen. »

Demnach hat das Bundesgericht erkannt : Die B~ung der Be~agten wird abgewiesen, diejenige der Klägerin dagegen teilweisebegründet erklärt und zwar in dem Sinne, dass die Beklagten verpflichtet Obligationenrecht N° 81. 513 werden, der Klägerin 31935 Fr. nebst 6 % Zins seit 30. Juni 1913 abzüglich 13858 Fr. 60 Ct., Valuta 25. September 1913, zuzüglich 9000 Fr. nebst 6% Zins seit 30. Juni 1912 zu bezahlen, und dass ferner die Akten zur Beweisergänzung im Sinne der Motive an die Vorinstanz zurückgewiesen werden. 81.

Arrit da l& Ire aectiOll civUe du 30 octobre 1919 .dans la cause V. contre D. See r e t p r o f e s s i o n n e l d e e i n : C o n s t i t u e a l a f o i s u n e d i f f a m a t i o n e t u n e v i o l a t i o n d u d e v o i r p r o f e s s i o n n e l , l a r e v e l a t i o n d e f a i t s i n e x a c t s d o n t l a d i v u l g a t i o n . s ' i l s e t a i e n t e x a c t s , i m p l i q u e r a i t l a v i o l a t i o n d u s e e r e t p r o f e s s i o n n e l . - D e v o i r d e d e n o n c i a t i o n . - F a c t e u r s d ' a p p r e c i a t i o n d e l ' i n d e m n i t e . A . - E n 1 9 1 3 , A . D . , c i t o y e n f r a n ~ a i s d o m i c i l i e a G e n e v e , c o n s u l t a l e D r V . C e d e r n i e r c o n s e i l l a l ' o p e r a t i o n d e l ' a p p e n d i c i t e , m a i s l ' i n t e r v e n t i o n c h i r u r g i c a l e n ' e u t p a s l i e u e L o r s q u e l a g u e r r e e c l a t a , D . , d o n t l a c l a s s e p o u v a i t . . ~ t r e a p p e l e e , f i t d e s p r e p a r a t i f s d e d e p a r t . e t n e m a n i f e s t a a c e s u j e t a u c u n e i n q u i e t u d e . L e 1 9 m a i 1 9 1 5 , D . s e r e n d i t a l a c o n s u l t a t i o n d u D r V . e t e u t a v e @ l u i u n e n t r e t i e n . 1 1 a f f i r m e q u ' a y a n t c o n s u l t e a l ' n o u v e a u m e d e c i n a u s u j e t d e l ' o p e r a t i o n e t a y a n t o p p o s e a s o n c o n s e i l r e i t e r e l ' o p i n i o n d u p r o f e s s e m : G . , l e D r V . s e f l e h a e t l ' e c o n d u i s i t . C e d e r n i e r s o u t i e n t , d e s o n c o t e . q u e D . s ' e s t b o r n e a s o l l i c i t e r d e l u i u n e o p e r a t i o n . f i c t i v e , c o n s i s t a n t a p r a t i q u e r u n e s i m p l e i n c i s i o n l a i s s a n t u n e c i c a t r i e e q u i d e v a i t p e r m e t t r e a D . d e s e f a i r e r e f o r m e r . L ' a g e n d a d u D r V . , t e n u r e g u l i e r e m e n t , p o r t e a l a d a t e d u 1 9 m a i 1 9 ~ 5 . ; l a m e n t i o ~ s u i v a n t e : « M . D . , t i r e u r a u f l a n e , m e p r o p o s e d e f a i s i m u l e r u n e o p e r a t i o n d ' a p p e n d i c i t e p o u r n e p a s a l l e r s u r l e f r o n t . 1 0 f r . »

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.